

Jochen Honikel

**Vizepräsident der
Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände**

**VhU-Wirtschaftsforum
„Wirtschaftsstandort Hessen –
Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen“**

6. August 2018

Frankfurt, Haus der Wirtschaft Hessen

Rede

„Handlungsempfehlungen aus Sicht der VhU“

Dauer: max. 10 Minuten

(max. 7.000 Zeichen mit Leerzeichen, derzeit noch 7.974)

Entwurf 6 – Stand: Mo. 23.07.2018, 13:40 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vielen Dank, Herr Prof. Hüther, für Ihre Präsentation.

Wie ist die VhU-Sicht?

**Klar, wir wollen einen starken Wirtschaftsstandort.
Denn:**

- 1. Ein starker Wirtschaftsstandort
ist Voraussetzung für Wohlstand,
für Innovation und Zukunftsfähigkeit.**
- 2. Ein starker Wirtschaftsstandort
erleichtert die soziale und kulturelle Teilhabe
aller Bürger.**
- 3. Ein starker Wirtschaftsstandort
erhöht die Akzeptanz für gesellschaftliche
Reformen.**

**Je stärker die Wirtschaft ist, desto leichter lassen
sich schwierige politische Reformen legitimieren und
finanzieren.**

**Nur müssen sich die Politiker kräftige Reformen auch
öfter trauen!!**

**Es darf nicht so bleiben, dass meist nur nach Krisen
wachstumsfreundliche Reformen durchsetzbar sind.**

Wie etwa Agenda 2010 oder die Schuldenbremse.

Wir brauchen einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess.

DAS ist die Kernaufgabe der Politik!

Und eine starke und wachsende Wirtschaft erleichtert diesen Job.

Frage: Wie geht mehr Wirtschaftswachstum?

Antwort: Durch mehr Investitionen!

Die wollen wir!

Sowohl private Investitionen als auch öffentliche Investitionen.

Meine zentrale Botschaft heute lautet:
Hessen braucht mehr private und öffentliche Investitionen.

Gute staatliche Rahmenbedingungen reizen zu privaten Investitionen bei uns an.

Und die öffentlichen Investitionen von Land und Kommunen müssen planbar und verlässlich wachsen.

Nun zu den 6 Bereichen:

1.

Ich beginne mit den öffentlichen Finanzen.

Die nächste Regierungskoalition sollte die Investitionsquote im Landeshaushalt stetig erhöhen.

Zudem müssen Anreize für private Investitionen erhöht werden, indem Bürger und Betriebe steuerlich entlastet werden:

- **Die Grunderwerbsteuer sollte schrittweise von 6 auf 3,5 Prozent gesenkt werden.**
- **Die Hebesätze von Gewerbesteuer und Grundsteuer werden seit Jahren erhöht.**

Auch, weil das Land die Kommunen dazu indirekt zwingt. Stichwort höhere Nivellierungshebesätze.

**Das macht private Investitionen unattraktiver.
Das muss korrigiert werden!**

- **Und zumindest für die Grundsteuer sollte der Landtag eine Hebesatz-Obergrenze beschließen.**

Derartige Nebenkosten sind investitionsfeindlich!

2.

Ich komme zu Verkehr und Logistik.

Alle sind sich einig:

Wir brauchen mehr Mobilität im Personen- und im Güterverkehr!

Was finden wir vor?

- Die Investitionen in Landesstraßen betragen weniger als zwei Drittel ihrer Abschreibungen.
- Wir haben zu wenig Planer, um den Bundesverkehrswegeplan abarbeiten zu können.
- Das Nachtflugverbot ist das schärfste der EU.

Was ist nötig?

- In Hessen müssen Land und Kommunen mehr in Straßen, Schienen und ÖPNV investieren.
- Nötig sind mehr Ressourcen für Planungen bei Hessen Mobil und externen Ingenieurbüros.
- Das Angebot an Bussen und Bahnen muss massiv ausgeweitet werden. Das ist wichtiger als Preisdämpfungen im ÖPNV.
- Mehr Lkw-Stellplätze an Autobahnen sind nötig.
- Unser Flughafen darf nicht weiter begrenzt werden.
- Das Land muss für die Streichung der Luftverkehrsteuer kämpfen. Das ist ja eine „Anti-Hessen-Steuer“. Denn Lufthansa, Condor und Fraport sind hessische Unternehmen.

3. Ich komme zu Digitalisierung und Infrastruktur

Die Themen Breitband und mobile Infrastruktur müssen leider immer noch erwähnt werden. Der Ausbau geht zu langsam.

Auf dem Land muss selbstverständlich die Teilhabe am digitalen Zeitalter für Bürger und Betriebe gewährleistet sein.

Die Digitalisierung der Behörden entlastet uns von Bürokratie. Man geht davon aus, dass wir in Deutschland 15 Jahre im Rückstand sind! Ganz nach dem Vorbild Estlands müssen wir hier aktiv werden.

Kleinbetriebe dürfen bei der Digitalen Revolution nicht abgehängt werden. Hier gibt es keine IT-Abteilung oder FuE. Hier brauchen wir weiter clevere Unterstützung, wie den Digi-Zuschuss oder die Digi-Guides.

Kleine und mittlere Betriebe sind das Rückgrat des Mittelstandes.

Das dürfen wir nie vergessen!

Bei der Digitalisierung der Wirtschaft darf sich der Staat der Erneuerung nicht in den Weg stellen. Das Innovationstempo ist enorm. Und Länder, die nicht im Wege stehen, haben große Wettbewerbsvorteile.

Angst ist hier kein guter Ratgeber.

Auch der übertriebene Datenschutz darf hier angeführt werden.

Die Kosten für unsere Unternehmen alleine durch die DSGVO sind immens.

Auf viele Fragen haben wir derzeit noch keine Antworten. Aber die Augen zu verschließen und nichts zu tun, bringt uns hier nicht weiter.

Der Politik sollte ein Expertenrat zur Seite gestellt werden. Ein Gremium bestehend aus allen Teilen der Gesellschaft vom Jurist über den Theologen bis zu Unternehmern und Arbeitnehmervertretern.

Nur in einem gesellschaftlichen Diskurs können Fragen des neuen Zeitalters geklärt werden.

4. Ich komme zu Energie und Klimaschutz

Energie in Form von Elektrizität und Brenn- und Kraftstoffen soll sicher, umweltverträglich und günstig sein.

Doch insbesondere bei Strom hat dieses Zieldreieck eine Delle:

Während die Versorgungssicherheit hoch ist und die Umweltverträglichkeit langfristig ansteigt, gibt es ein Kostenproblem:

Umlagen und Steuern verteuern Strom. Unsere Exportwirtschaft ist im internationalen Wettbewerb benachteiligt.

Das ist investitionsfeindlich!

Deshalb: Keine WEITEREN Subventionszusagen für neue Ökostromanlagen!! Dafür soll Hessen im Bund kämpfen.

Es reicht aus, bei Strom und Industrie allein auf den EU-weiten Deckel für CO₂-Emissionen zu setzen.

Der CO₂-Deckel sinkt jährlich und garantiert die ökologische Zielerreichung. Und das zu geringsten Kosten dank Wettbewerb und Technologieneutralität.

Das ist auch ein vorbildliches Klimaschutzmodell für die Sektoren Verkehr und Gebäude.

5. Nun zum Thema Innovationen

Die IW-Studie betont die hohe Bedeutung von Innovationen in Form neuer Produkte und Dienstleistungen.

Und zwar als eine entscheidende Bestimmungsgröße für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes.

Innovationen sind in der Regel die Ergebnisse von Forschung und Entwicklung.

Ich frage mich: Warum gibt es in Deutschland keine steuerliche Förderung von Investitionen in Forschung und Entwicklung – so wie im Ausland?

Hessens Politiker sollten zu Vorkämpfern für eine steuerliche F&E-Förderung werden – über den Bundesrat und über ihre Bundesparteien.

Nach langen Jahren der Diskussion bei gleichzeitig stetig gesunkenen Staatsaufwendungen in die FuE-Förderung von 11 auf 3 % geht es jetzt darum, diese Förderung zügig einzuführen.

Sie alle kennen Projektförderanträge. Für kleine und mittlere Unternehmen sind sie oft zu komplex. Gerade die würden davon profitieren.

Hinzukommen sollte in Hessen ein weiterer Ausbau der Infrastruktur mit Förderprogrammen, Vernetzungen, Plattformen und Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Hochschulen.

Wir haben seit fast 10 Jahren das bundesweit beachtete Förderprogramm LOEWE mit sehr guten Erfolgen.

Lassen Sie uns doch die Förderlinie 3 zu einem eigenen Programm für die Kooperation von Unternehmen und Hochschulen im Feld der angewandten Forschung und Entwicklung ausbauen.

6.

Last but not least der Wohnungsmarkt

Steigende Mieten und Immobilienpreise sind für weite Teile der Mittelschicht ein großes Problem.

Besonders vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sind wir an einer Lösung dieses Problems interessiert.

Grund für die hohen Preise sind die hohe Nachfrage und der Mangel an Wohnungen und Bauland.

Politik und Verwaltung können und müssen helfen, dass das Angebot an Wohnungen steigt.

Nicht primär durch mehr öffentlichen Wohnungsbau.

Sondern durch mehr Bauland und Neubaugebiete, wo der Privatmann sein Haus bauen kann oder wo private Investoren Mietwohnungen errichten können.

Viele Kommunen sperren sich gegen Neubaugebiete. Sie scheuen die Folgekosten für die soziale und verkehrliche Infrastruktur.

Das Land sollte den Kommunen über den Kommunalen Finanzausgleich unter die Arme greifen.

Kommunen dürfen nicht „dicht machen“!

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine zentrale Botschaft ist angekommen:

Hessen braucht mehr private und öffentliche Investitionen.

Nur so werden wir unseren Wohlstand erhalten können!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.